

Kein echter Erfolg, aber...

Was das Bündnis „Reichtum Umverteilen“ seit seiner Gründung erreicht hat

Pat Christ

Die Quote steigt und gibt zu denken: Waren 1990 elf Prozent aller Menschen in Deutschland einkommensarm, sind es inzwischen fast 20 Prozent. Dem gegenüber stehen mehr als acht Prozent der Bevölkerung, die mindestens das Doppelte des mittleren Nettoeinkommens zur Verfügung haben. Die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich rief vor der letzten Bundestagswahl das „Bündnis 'Reichtum Umverteilen'“ auf den Plan. Wir fragen nach: Was hat es bisher gebracht?

Das Bündnis „Reichtum umverteilen“ besteht aus 30 zivilgesellschaftlichen Verbänden und Organisationen. Sie schlossen sich 2016 zusammen, um sich gemeinsam für eine bessere soziale Absicherung, höhere öffentliche Investitionen, einen sozial-ökologischen Umbau und die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen einzusetzen. Einen entsprechenden Aufruf haben bisher über 5.300 Unterstützer unterzeichnet. Unterschriften werden weiterhin gesammelt^[1].

Die aktuelle Situation beschreibt der Verteilungsbericht 2018 des DGB. Demnach mussten die 20 Prozent Einkommensärmeren in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre reale Einkommensverluste hin nehmen, während das reichste Zehntel reale Einkommenszuwächse von 30 Prozent erhielt. Der Vorstandsvorsitzende eines DAX-Unternehmens bezog 2017 durchschnittlich das 85-Fache eines Mitarbeiters. Das wohlhabendste Prozent der Bevölkerung verfügt über 32 Prozent des Gesamtnettovermögens. Die Hälfte der Bevölkerung

¹ <https://www.reichtum-umverteilen.de/nc/aufruf-unterzeichnen>



Rund 860.000 Menschen in Deutschland sind Schätzungen zufolge so arm, dass sie keine eigene Wohnung haben. Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

besitzt gerade einmal 2,4 Prozent. Jeder dritte Erwachsene hat gar kein Vermögen oder sogar Schulden.

Ein Hebel zur Umverteilung wird in einer Erbschaftssteuerreform gesehen. 2016 wurden laut dem Statistischen Bundesamt durch Erbschaften und Vermächtnisse Vermögen von 43,6 Milliarden Euro übertragen. Das waren 15,6 Prozent mehr als 2015 zuvor. Vor allem Bankguthaben, Wertpapiere, Anteile und Genussscheine wurden geerbt.



Die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen gehört zu den zentralen Forderungen von „Reichtum umverteilen“.

„Reichtum umverteilen“ forderte die Politik vor der letzten Wahl auf, die Themen Armut, Reichtum und Ungleichheit intensiver als bisher zu beackern. Dies, sagt Ralf Krämer vom Bereich Wirtschaftspolitik des Bündnismitglieds ver.di, geschah jedoch nicht: „Die neue Bundesregierung ist in vielerlei Hinsicht die Fortsetzung der vorangegangenen.“ Der Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit oder gar Umverteilung des großen Reichtums sei ausgeblieben. Da sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen günstig entwickelten, habe es im-

merhin keinen Sozialabbau gegeben: „In einigen Bereichen kam es sogar zu gewissen Leistungsausweitungen.“

„Nicht ernsthaft debattiert“

Letztlich wurde jedoch kein einziges Rezept des Bündnisses aufgegriffen. Krämer: „Unsere Forderungen nach einer Vermögensbesteuerung, einer Erbschaftsteuer, die die Superreichen nicht verschont, und höherer Besteuerung hoher Einkommen standen bei den Koalitionsverhandlungen überhaupt nicht ernsthaft zur Debatte.“ Die Finanztransaktionssteuer, die noch im Koalitionsvertrag steht, sei durch die Schrumpfung auf eine kleine Aktiensteuer, die weder große Einnahmen noch eine Zurückdrängung der Finanzspekulation bewirkt, faktisch beerdigt worden. Aktuell wachse außerdem der Druck, die Unternehmenssteuern erneut zu senken.

Immerhin sei es dem Bündnis gelungen, die Thematik „Ungleichheit“ in der Öffentlichkeit zu halten. Wichtig ist für Krämer auch, dass die Zusammenarbeit der am Bündnis beteiligten Organisationen gestärkt wurde. „Ich denke, die politischen Kräfte wissen, dass wir ihre Aktivitäten beobachten und bei entsprechenden Anlässen aktionsfähig sind und einen gewissen Druck entwickeln können“, so der Gewerkschafter. Illusionen gibt sich Krämer allerdings nicht hin: „Die Unternehmerverbände, die Reichen und ihre Lobbyorganisationen haben weit größere finanzielle Ressourcen und politische Macht als wir, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen.“

Krämer, hofft, dass sich in nächster Zeit zumindest die Situation der ALG 2-Bezieher verbessert: „Hier gibt es aktuell eini-



Positive Diskussionen um Alternativen zu Hartz IV wecken bei den Bündnispartnern Hoffnung auf zumindest kleine Schritte hin zu mehr Gerechtigkeit.

ge positive Diskussionen um Alternativen zu Hartz IV, die hoffentlich zu Verbesserungen für Erwerbslose führen.“ Hoffnungsvoll stimmt den Gewerkschafter weiter, dass es erhebliche Mobilisierung und Druck für mehr bezahlbare Wohnungen gibt. Gewerkschaften versuchten derzeit außerdem, die Löhne insbesondere in sozialen und in Niedriglohnbereichen stärker anzuheben: „Wie bei den Sozial- und Erziehungsdiensten, in der Pflege und zuletzt im Sicherheitsgewerbe und an den Flughäfen.“

Es bräuchte andere Politiker

Wünschen würde sich Krämer Politiker, die die Not der Menschen am unteren Einkommensrand sehen und die Ursachen erkennen. „Wir brauchen mehr Politikerinnen und Politiker, die die Interessen der ‚ganz normalen‘ Menschen, der abhängig Arbeitenden und jener, die auf soziale Leistungen angewiesen sind, in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellen“, fordert er. Politiker würden benötigt, die nachhaltige Verbindungen zu den „einfachen Menschen“ und in die Zivilgesellschaft und die die politische Kraft haben, sich dem massiven Lobbydruck der wirtschaftlich Mächtigen nicht zu beugen.

Dass man auch nach zwei Jahren Bündnisarbeit dem Traum von einer gerechten Gesellschaft kaum nähergekommen ist, gibt auch Ellen Ehmke vom Bündnispartner Oxfam Deutschland zu. „Die Arbeit der Bundesregierung ist in Sachen soziale Gerechtigkeit hinter den Erwartungen zahlreicher Organisationen zurückgeblieben“, so die Oxfam-Analystin zum Thema Soziale Ungleichheit. Für Oxfam, eine Organisation mit Schwerpunkt auf globaler Gerechtigkeit, seien insbesondere Fragen der internationalen Steuergerechtigkeit von großer Bedeutung: „Leider sehen wir hier unter Finanzminister Olaf Scholz kaum Fortschritte.“

Dass sich über 30 unterschiedliche Organisationen unter einem verbindenden Motto zusammengeschlossen haben,

sieht aber auch Ehmke als „großen Erfolg“ an. Dem Bündnis gehören Gewerkschaften, Jugendorganisationen, migrantische Organisationen, Sozial- und Umweltverbände bis hin zu international agierenden Organisationen wie Oxfam und attac an. „Gemeinsam sagen wir: ‚Ungleichheit betrifft uns alle!‘“, so Ehmke. Alle ziehen an einem Strang und lassen sich nicht gegeneinander ausspielen: „Insofern wirkt das Bündnis in die zivilgesellschaftlichen Strukturen hinein und stärkt dort die Vernetzung und gemeinsame Perspektiven.“

„Fight Inequality Alliance“

Unter einer ähnlichen Überschrift agierten in anderen Ländern weitere Bündnisse, zum Beispiel in England und Dänemark. International gibt es den Zusammenschluss „Fight Inequality Alliance“. Ehmke: „Vor allem im globalen Süden existieren zum Teil sehr aktive Bündnisse, die immer wieder sagen: Die Lösungen für die Ungleichheitskrise müssen von denjenigen kommen, die davon betroffen sind, nicht von denjenigen die sie geschaffen haben.“

Für den Gedanken, dass eine Lösung in einem neuen Geldsystem stecken kann, zeigt sich Ehmke aufgeschlossen. „Unser Geldsystem unterscheidet sich ja kaum von unserem Wirtschaftssystem im Allgemeinen, in dem zu häufig kurzfristige Gewinninteressen einer kleinen Minderheit vor den grundlegenden Bedürfnissen zahlreicher Menschen stehen“, sagt sie. Dies gelte es zu ändern und das Wirtschaften so zu gestalten, dass Mensch und Umwelt statt Profite im Zentrum stehen: „Gut möglich, dass wir hierfür auch ganz anders über Geld nachdenken sollten.“

Auch bei Attac, einem weiteren Bündnispartner, gibt es die Vision einer Reform des Geldsystems. „Hierüber diskutieren wir sehr intensiv“, sagt Alfred Eibl, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises. Dies betreffe zum einen die Grundausrichtung der Geldpolitik: „Renditesicherung für Vermögende darf nicht das einzige Ziel der Geldpolitik sein.“ Auch muss Attac zufolge, die hohe Abhängigkeit des Geldverkehrs vom privaten Girogeld der Banken abgebaut werden. Eibl: „Auch ist unsere Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zur Stabilisierung des Finanzsystems und als Beitrag zur Steuergerechtigkeit weiterhin aktuell.“



Auch der Sozialverband Deutschland gehört dem Bündnis an.

Keine Kursänderung erkennbar

Der politische Kurs in Deutschland ist auch nach Eibls Einschätzung durch das Bündnis „Reichtum Umverteilen“ noch nicht verändert worden. „Wenn man mögliche Erfolge unseres Bündnisses auf der Basis von Finanzkennzahlen bewerten würde, könnte man überhaupt keine Fortschritte vermelden“, konstatiert der ehemalige Betriebsrat. Genau so falsch wäre es, die steigende Zahl von kritischen Zeitungsartikeln zum Thema Ungleichheit als Erfolgskriterium zu nehmen: „Dennoch gibt es einige konkrete positive Schritte.“

So sei man beim Mindestlohn auf dem richtigen Weg. „Die Einführung des Mindestlohns und seine regelmäßige Anhebung sind unstrittig, auch wird bereits über größere Anhebungsschritte debattiert“, so Eibl. Hoffnung macht ihm außerdem, dass sehr konkret über Veränderungen bei Hartz IV und bei der Grundsicherung im Alter gesprochen wird. Eibl: „Das Bündnis und seine Partner treiben die Diskussion über diese Punkte voran. Dass jetzt die ersatzlose Streichung des Soli gefordert wird, zeige jedoch, dass jeden Tag neu um Umverteilung gestritten werden muss.“

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.